

1 Warum verteidigen Deutschlands Profi-Ökonomen den Euro so hartnäckig?

Dogmatische Vorgaben aus der Politik haben für sie einen höheren Stellenwert als ökonomischer Sachverstand.

Von Andres Müller

Es gibt in Deutschland kaum Nationalökonominnen von Rang und Namen, die sich nicht zum Euro bekennen. Sie wissen zwar sehr gut, welche Schäden er bisher angerichtet hat und künftig noch anrichten wird, doch ihre Verbesserungsvorschläge gehen immer von der weiteren Existenz des Euro aus. Der Euro ist für diese Klasse der Ökonomen eine von der Politik diktierte Vorgabe (Axiom)! Alle ihre Vorschläge zur Überwindung der Euro-Krise krankten deshalb an dem schwerwiegenden Fehler, dass sie nicht auf die Ursachen der Krise eingehen, die beim Euro selbst liegen. Ein Interview, das die Frankfurter Ökonomie-Professorin Ester Faija der Frankfurter Allgemeinen Zeitung¹ gab, zeigt beispielhaft die Argumentationsnöte dieser „Konsensökonominnen“ auf.

Das Interview hat den Titel: „Selbst die EZB kann Italien nicht retten“. **Frau Faija fordert** von der **italienische Regierung** nicht nur Ausgabenkürzungen und Steuererhöhung, sondern **echte Strukturreformen**, weil die Einsparungen allein nur das Wachstum zum Erliegen brächten.

Ihre Erkenntnis ist richtig, doch sie ist nur die halbe Wahrheit und damit die Unwahrheit! In Italien, wie auch in allen anderen schon vorher in Zahlungsnöte gekommenen Euro-Staaten, sprachen Politiker und Medien immer von notwendigen Reformen. Doch zustande gebracht haben sie immer nur Staatsausgabensenkungen und Steuererhöhungen, die die Staatsschulden vermindern sollten. Dass aber Strukturreformen dazu notwendig sind, ist unbestritten.

Warum ist das so und was versteht man unter Strukturreformen?

Man versteht darunter alle Maßnahmen, die der Erhöhung der Wirtschaftlichkeit in einer Volkswirtschaft dienen. In letzter Zeit wurde dabei auch häufig von einer Senkung der Lohnstückkosten gesprochen. Das Problem bei der Durchführung von Strukturreformen ist jedoch, dass sie nicht von heute auf morgen in die Tat umgesetzt werden können. Man kann z.B. die Löhne senken oder die Arbeitszeit bei gleichbleibendem Lohn erhöhen oder das Rentenalter heraufsetzen. Aber eigentlich müssten die Leistungsfähigkeit und der Leistungswille der Menschen gesteigert werden, ebenso wie die Organisation der Produktionsabläufe und die Qualität der menschlichen Arbeit und der Maschinen. Die Experten dieser Zeit meinen, diese komplexen Vorgänge mit dem Schlagwort „*Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit*“ abdecken zu können. Doch damit machen sie es sich viel zu einfach!

Die Völker Europas unterscheiden sich durch ihre Wesensart, Geschichte und Kultur, durch Sparsamkeit und Fleiß. Freizeit und Arbeitszeit haben in jedem Volk und jeder Kultur unterschiedliche Werte. Wer Strukturreformen verlangt, muss wissen, dass diese eine Umwertung der vorhandenen Werte voraussetzen. Er muss wissen, dass solche Strukturreformen nicht von heute auf morgen gemacht werden können, wenn sie überhaupt machbar sind. Investitionen in Bildung und Ausbildung sind dazu notwendig, man

¹ Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 27.08.2011 Seite 12.

braucht nicht nur am Fließband angelernte Fachkräfte, sondern Berufe mit einer gediegenen Berufsausbildung und Berufsbildung, wie sie sich in Deutschland über viele Jahrzehnte hinweg entwickelt haben. Somit ist das das Problem der ständig zitierten Strukturreformen für jedermann sichtbar:

Strukturreformen brauchen Zeit. Mit der beliebten Formel: Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit ist es nicht getan! Und da haben wir auch schon die ersten beiden großen Fehler der Ökonomie-Experten. Die einen fordern Strukturreformen und begnügen sich mit Steuererhöhungen und Staatsausgabensenkungen, um die Schulden zu verringern. Die anderen erkennen das Manko, doch sie ignorieren die Tatsache, dass die notwendigen Reformen viel Zeit kosten und deshalb zunächst einmal die gleichen Folgen hätten wie die bloßen Sparmaßnahmen, mit denen Politiker und ihre dienstbaren Ökonomie-Experten der Überschuldung zu Leibe rücken wollen:

Egal ob Schuldenabbau durch staatliche Sparmaßnahmen und Steuererhöhungen oder echte Reformen, sie bringen nicht nur das Wachstum zum „Erliegen“, wie die Ökonomie-Professorin aus Frankfurt meint, sie erzeugen einen absoluten Rückgang des Volkseinkommens. Die Entwicklung des Sozialproduktes in Griechenland seit dem Wirksamwerden des 1. Griechenland-Rettungspaketes beweist dies und die Umsetzung des zweiten Rettungspaketes verstärkt die Entwicklung noch einmal!

Warum ist das so?

Staatsausgabensenkung und Steuererhöhung haben eine Einkommensminderung zur Folge. Die privaten Haushalte verfügen dadurch über ein geringeres Einkommen und können ihrerseits weniger ausgeben. Ihre reduzierten Ausgaben verringern wiederum das Einkommen der Wirtschaftssubjekte, die ihnen zuvor Güter und Leistungen verkauft haben. Auch diese müssen deshalb ihre Ausgaben senken usw. Die ursprüngliche Senkung der Staatsausgaben startet also einen Prozess, der das Gesamteinkommen in einer Volkswirtschaft verringern muss. **In der Nationalökonomie nennt man diesen Prozess Multiplikatorprozess.** Das Ergebnis dieses Prozesses, die endgültige Minderung des Volkseinkommens, lässt ziemlich genau berechnen. Sie ist abhängig von der Spar- und Investitionsquote der jeweiligen Volkswirtschaft.

Für die beabsichtigte Verringerung der Staatsschulden hat dies fatale Folgen: Eine Minderung des Volkseinkommens führt zu einem Rückgang der Steuereinnahmen, der am Ende größer ist als die ursprüngliche Einsparung, weshalb die Schulden des Staates nicht sinken, sondern sogar ansteigen. Wir haben dieses Phänomen das „**Paradoxon staatlichen Sparens**“ genannt.

Ester Faija, die Frankfurter Professorin, behauptet weiterhin, dass die **Europäer eigentlich nur klare Regeln schaffen müssten, um Insolvenzen einzelner Euro-Staaten zu verhindern.** Doch die hatte man doch schon von Anfang an! Die Nettoverschuldung sollte drei Prozent des Volkseinkommens und die Summe der Staatsschulden sollte 60 Prozent des Sozialproduktes nicht überschreiten. Um die Einhaltung der Regeln hat sich kein Politiker in Europa und keine EU-Instanz gekümmert. Als die ersten Eurostaaten (Griechenland, Irland, Portugal) zahlungsunfähig wurden, haben alle politischen Entscheidungsträger die eigenen Verträge gebrochen, die die Haftung der Euro-Länder für die Schulden anderer Euro-Staaten ausschließt! Das Problem ist, dass die Schulden bankrotter Euro-Staaten auf andere Nationen abgewälzt werden – weg von den Verursachern der hohen Staatsschulden. Und dies sind zwei Verursacher: Die überschuldeten Staaten und die Gläubiger, die ihnen in verantwortungsloser Weise die Gelder ausbezahlt haben!

Frau Faija stellt danach lakonisch fest, dass es falsch sei, zahlungsunfähige Euro-Staaten zum Austritt aus der Währungsunion zu veranlassen. Zur Begründung verweist sie auf die Vereinigten Staaten, die den Staat Minnesota auch nicht aus dem Dollar-Raum verwiesen haben, weil er zahlungsunfähig war. Sie vergleicht also ein seit zwei Jahrhunderten einheitliches Staatswesen, einen Schmelztiegel vieler Völker und Rassen mit eigenständigem Kulturverständnis und einheitlicher Sprache mit einem Staatenverbund, dessen politische Führungskräfte glauben, die vielen Völker Europas mit unterschiedlicher Kultur, Geschichte, Sprache und Abstammung mit Hilfe einer gemeinsamen Währung zu einem vergleichbaren Einheitsstaat wie die USA trimmen zu können! Weil das aber nicht funktionieren will und kann, schalten sie auf stur und wollen ihr einmal gefasstes Ziel mit Gewalt durchsetzen – ohne Rücksichtnahme auf die Kosten und den Willen der Völker. Auch mit dieser Begründung zeigt die Professorin der Ökonomie, dass für sie politisch – ideologische Zielvorgaben und Werte absolute Priorität vor wirtschaftlicher Zweckmäßigkeit und Notwendigkeit haben.

Alle Ökonomen, die so denken und argumentieren, machen die Währungsunion zum Glaubensdogma, dem sie oberste Priorität des Handelns einräumen, dem auch die objektiven Fakten des Wirtschaftslebens unterzuordnen sind. Dazu gehört die Tatsache, dass einzelne Volkswirtschaften (Nationen) empfindliche Wohlstandseinbußen zu Gunsten anderer erlitten haben, die jetzt durch die Krise noch ansteigen werden. An erster Stelle der „Euro-Verlierer“ ist Deutschland zu nennen, auch wenn die Führungsriege aus Politik und Wirtschaft das Gegenteil behaupten. Anhand der faktischen Entwicklung können sie ganz leicht der Lüge überführt werden.² Wiewohl der Euro einzelnen Ländern steigendes Wachstum und höheren Wohlstand gebracht hat, hat er die leistungsfähigen europäischen Volkswirtschaften – insbesondere Deutschland – mehr geschwächt als gestärkt. Europa als Ganzes hat sowohl in seinem ökonomischen als auch politischen Stellenwert an Bedeutung und Einfluss verloren!

Den Ökonomen, die es heute (noch nicht) wagen, das Scheitern der von Politikern erdachten gemeinsamen Währung für alle europäischen Länder einzugestehen, geht es nicht um das Wohlergehen ihres Volkes. Ihnen fehlt schlichtweg der persönliche Mut, der politischen Kaste und auch dem Volk die volle Wahrheit über den Euro zu sagen. Ihre beflissene Dienstbarkeit gegenüber der Politik hindert sie auch zu erkennen, dass die Parteien und Politiker den Rückhalt beim Volk verlieren. Das ist eine Gefahr, die alle Systeme existentiell bedroht. Nicht nur die Demokratie – auch wenn sie auf der vermeintlich sicheren Basis der Westlichen Wertegemeinschaft beruht.

2 Anhang: Das Euro-Dogma bekommt erste Risse

Es hat lange gedauert, doch nun, im August 2011, haben es zum ersten Mal zwei **aktive Lehrstuhlinhaber** gewagt, das Tabu zu brechen. Der eine ist Schweizer Staatsbürger, der andere ist Deutscher, allerdings hat er seinen Lehrstuhl an der Universität in Barcelona und nicht in Deutschland.

Beide fordern ganz offen die die Ablösung des Euro! Zwei große überregionale Medien in Deutschland, die Frankfurter Allgemeine Zeitung³ und der Spiegel haben ihnen ein Forum gegeben. Es ist der Ökonomieprofessor Bruno S. Frey aus der Schweiz (Universität

² Vgl. hierzu die Artikelserie „Spekulation und Euro, die verdeckten Formen neokolonialer Ausbeutung und Ressourcenabschöpfung“ in www.hpatzak.de.

³ Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 29.08.2011 Seite 12.

Zürich) und der Wirtschaftshistoriker Hans-Joachim Voth. Sie zweifeln nicht nur die Notwendigkeit und Vorteilhaftigkeit des Euro an, sie gehen noch weiter und sagen, dass die **europäischen Staaten und Völker mit einer eigenen Währung besser gestellt wären als mit dem Euro!**

Einige ihrer zentralen Aussagen aus beiden Artikeln seien an dieser Stelle zitiert. Wer die Analysen zum Euro-Verfall auf dieser Weltnetzseite in den letzten beiden Jahren gelesen hat, wird feststellen, dass ihre Erkenntnisse nicht neu sind. Neu ist nur die Tatsache, dass zwei im aktiven Berufsleben stehende Professoren die ökonomischen Fakten und die Ursachen des Euro-Desasters benennen und daraus die konsequenten Schlussfolgerungen ziehen. Ein Anfang ist gemacht!

Bruno S. Frey stellt zur gegenwärtigen Entwicklung und Lage fest: *„Wie die Probleme mit den explodierenden Staatsschulden im Euroraum ausgehen, weiß niemand. Aber etwas ist unbestritten: Die Überlebenschance des Euro hat wesentlich abgenommen.“*

Weiter sagt er, dass sich die *„begründeten Zweifel mehren, ob das Übertünchen der immensen Staatsschulden mit immer neuen Kreditzusagen tatsächlich die zugrunde liegenden Probleme beseitigt oder sich gar verstärken.“* Er vermutet, *„dass sich sowohl der Euro als auch die EU als Ganzes in der heutigen Form nicht aufrechterhalten lassen“*

Zu der geistlosen Formulierung, dass es zum Euro keine Alternative gebe, sagt er nüchtern: *„Eine radikale Veränderung der bestehenden europäischen politischen und finanziellen Ordnung im Rahmen der EU bedeutet keinesfalls das Ende Europas – ganz im Gegenteil. Es bietet sich die Chance, ein Zusammenwirken der verschiedenen Menschen und Länder in Europa in einer Weise zu erreichen, die den Verhältnissen besser entspricht.“*

Zum allerletzten Ausweg aus der verfahren Euro-Krise, einen europäischen Unionsstaat zu gründen, stellt er aus ökonomischer Sicht lakonisch fest: *„Der heute von manchen Politikern unternommene Versuch, Europa nach dem Vorbild der Vereinigten Staaten zu konstruieren, ist unproduktiv“.* Er stellt damit klar, dass mit diesem Schritt die Verfassung – nicht nur die deutsche – gebrochen würde, sondern dass dies ökonomisch nachteilig wäre.

Auch für den **Historiker Hans-Joachim Voth** hat die Währungsunion keine Zukunft⁴. Er stellt als erstes fest, dass die heute bankrotten oder vor der Zahlungsunfähigkeit stehenden Staaten ohne Euro gar nicht in diese Notlage gekommen wären. Als Beispiel zieht er die Entwicklung in Spanien heran:

„Wenn Spanien früher in solchen Schwierigkeiten steckte wie heute, wenn die Lohnstückkosten zu hoch, das Wachstum zu niedrig, die Arbeitslosigkeit enorm waren, dann wurde die Peseta einfach um 20 Prozent abgewertet. Spanien musste nur einen einzigen Preis verändern, den seiner Währung, und dabei half im Regelfall auch noch der Markt, um wieder wettbewerbsfähig zu werden. Die Autos konnten wieder in Pamplona und Sevilla hergestellt werden, die Häuser an der Costa Brava waren wieder erschwinglich, in Spanien mussten die Löhne nicht gekürzt und die Preise nicht gesenkt werden. Fertig.“

Voth verweist darauf, dass die Euro-Währungsgemeinschaft von Anfang an ohne die riesigen Summen an Umverteilungsgeldern gar nicht lebensfähig gewesen wäre: *„Für Südeuropäer bedeutete der Euro eigentlich immer: Endlich haben wir reich geheiratet. Sie werden nicht wieder aufgeben, was sie gerade errungen haben“.*

⁴ Zitate aus „Der Spiegel“, 2011, Nr. 35, Seite 80-83.

Und jetzt – in der Krise – verlangen die Euro-Rettung und die südeuropäischen Staaten noch viel mehr Umverteilungen, die aber weder ökonomisch noch politisch realisierbar sind. Dabei haben alle bisherigen Maßnahmen zur Krisenbekämpfung die Krise nur noch weiter verschärft: *„Die Krise durch Sparmaßnahmen zu bewältigen, führt zu sozialen Verwerfungen und politischen Krisen“*.

Als Wirtschaftshistoriker verweist Voth natürlich auf die Geschichte und die Erfahrungen, die man mit staatlichen Sparmaßnahmen bei der Bekämpfung von Wirtschaftskrisen gemacht hat. *„Wenn alle Kürzungen, die in Griechenland vorgesehen sind, wirklich umgesetzt würden, dann wären brüningsche Größenordnungen erreicht. Natürlich sind die Sozialausgaben in Griechenland heute auf einem ganz anderen Niveau als in Deutschland 1930, der Staat tut immer noch viel für die Armen, aber die Veränderungen hätten Dimensionen wie in der Endphase der Weimarer Republik“*. Und weiter: *„Tatsächlich ist es so, dass schon Einsparungen in der Größenordnung von einem Prozentpunkt des Bruttoinlandsprodukts mit sozialen Unruhen einhergehen. Wenn es um zwei oder drei Prozentpunkte geht, nehmen sie massiv zu.“*

Der Behauptung, dass eine Rückkehr zur DM die Deutschen teuer zu stehen käme, begegnet er mit Hinweis auf die Vorteile eines hohen DM-Außenwertes: *„Die Welt wird Schlange stehen, um ihr Geld in die Mark einzutauschen. Die Banken verlieren Geld bei ihren Auslandsanlagen, aber bekommen noch mehr Einlagen zum Nulltarif.“* Den Verweis, dass die Aufwertung den deutschen Export und die Beschäftigung gefährden würde, begegnet er mit dem Hinweis, dass im Gegenzug *„alle Einfuhren aus dem Rest der Welt billiger“*, würden und alle *„ausländische Anlagegüter - Firmen oder Immobilien - wären für deutsche Anleger viel preiswerter“*. Auch habe eine nationale Währung den Vorteil, dass sie als Puffer alle aus dem Ausland drohenden Krisen abfedern könne. Leider hat Herr Voth bei seiner völlig richtigen Argumentation nicht erwähnt, dass der Euro von Beginn den Aufkauf deutschen Produktivvermögens durch das internationale Finanzkapital ermöglicht hat, ein Nachteil, der durch Wiedereinführung der DM nicht so schnell rückgängig gemacht werden kann.

Nach dem endgültigen Scheitern des Euro wird es nach Ansicht Voths zu einer Deutsch-Mark Zone kommen, zu der Deutschland, Österreich und die Niederlande, vielleicht auch Dänemark, vielleicht auch Finnland gehören werden.

Wie die Entwicklung auch gehen mag, wir können keine exakten Prognosen aufstellen. Eines aber wird immer sicherer und nimmt konkrete Formen an: Das Ende des Euro! Alle Reparaturmaßnahmen haben die Krise noch weiter verschärft. Sie ist zudem in eine allgemeine Weltwirtschaftskrise eingebunden. Auch die nächsten in Aussicht gestellten Rettungsversuche: Eurobonds oder gar die Ausrufung der Vereinigten Staaten von Europa werden scheitern. Sie werden an den ökonomischen Barrieren und am Aufbegehren der Völker scheitern, die von ihren Politikern als beliebig manövrierbare Spielmasse eingesetzt werden. Genauso wie das die Mächtigen in den Vorzeiten der Geschichte getan haben. Zeiten, die man uns als längst überwunden erklärt hat.

Uns bleibt nur die Zeit abzuwarten, bis die sich ausweitenden und kontraproduktiven Euro-Rettungen auch die Finanzkraft der deutschen Volkswirtschaft übersteigen wird. Dann werden die Deutschen endlich begreifen, was sie von ihren Politikern zu halten haben, die ihnen das Euro-Abenteuer gegen ihren Willen aufzwingen.